

Einladung

zur 29. Sitzung der Ratsversammlung am
Donnerstag, 15. Januar 2004, 15.00 Uhr, Rathaus, Ratssaal

Tagesordnung:

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 04. Dezember 2003 - bereits übersandt
2. A N F R A G E N
 - 2.1. der SPD-Fraktion
 - 2.1.1. zur Sportförderung (Drucks. Nr. 2714/2003)
 - 2.2. der CDU-Fraktion
 - 2.2.1. zur Abrechnungspraxis im Bereich Informations- und Kommunikationsdienste (Drucks. Nr. 2715/2003)
3. Anträge zu Neu- und Umbesetzungen in verschiedenen Gremien
 - 3.1. Umbesetzung im Eilenriedebeirat (Drucks. Nr. 2718/2003)
4. Antrag zur Wiederwahl einer Schiedsperson im Schiedsamtsbezirk Hannover-Ahlem (Drucks. Nr. 2270/2003)
5. Antrag zur Bewilligung von Theaterbeihilfen (Drucks. Nr. 2617/2003 mit 2 Anlagen)
6. Antrag zu einer Straßenbenennung im Stadtteil Misburg-Süd, Anregung gem. § 55c (5) NGO des Stadtbezirksrates Misburg-Anderten (Drucks. Nr. 2660/2003 mit 2 Anlagen) ersetzt DS Nr. 1660/2003
7. Antrag zu einer Straßenbenennung im Stadtteil Mitte, Anregung gem. § 55c (5) NGO des Stadtbezirksrates Mitte (Drucks. Nr. 2661/2003 mit 2 Anlagen) ersetzt DS Nr. 1659/2003

- 8. ANTRÄGE
- 8.1. der CDU-Fraktion
- 8.1.1. zur Erstellung einer Informationsbroschüre über die Anmietung von Räumlichkeiten und Einrichtungen im Bereich der Herrenhäuser Gärten (Drucks. Nr. 2663/2003)
- 8.1.2. zur Zuweisung von Personal zur Erledigung der Aufgaben nach dem Grundsicherungsgesetz (Drucks. Nr. 2683/2003)
- 8.1.3. zur politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen (Drucks. Nr. 2716/2003)
- 8.2. der CDU- und FDP-Fraktion zur Verlagerung des Straßenstrichs (Drucks. Nr. 0004/2004)

Schmalstieg

Oberbürgermeister

SPD-Fraktion (Anfrage Nr. 2714/2003)
--

Anfrage der SPD-Fraktion zur Sportförderung

In ihrer Antwort auf die sportpolitischen Fragen des Landessportbundes führte die CDU aus: "Der Sport braucht verlässliche Partner! Wenn unsere Verfassung jetzt fordert, dass Land und Kommunen den Sport schützen und fördern müssen, dann darf das kein Lippenbekenntnis bleiben, sondern muss Selbstverpflichtung sein. Deshalb darf die Sportförderung in Niedersachsen nicht bei jeder Haushaltsklausur wieder auf der Kürzungsliste kommen." (Sport und mehr, 01/2003)

Noch unmittelbar vor der Landtagswahl hat der jetzige Ministerpräsident Wulff versprochen, die von der SPD gesetzlich verankerte Aufstockung der Mittel für die Sportförderung unangetastet zu lassen.

Trotz dieser klaren Versprechungen im Vorfeld der Landtagswahl, hat die CDU geführte Landesregierung nach der Regierungsübernahme nichts Eiligeres zu tun gehabt, als die Sportförderung deutlich zu beschneiden. Der Landessportbund erhält im kommenden Jahr 2004 über 2 Mill. EURO weniger als 2003. Auch in der eigenständigen Sportförderung des Landes regiert der Rotstift, so werden in der außerschulischen Sportförderung weiteren 4 Mill. EURO gestrichen.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Welche Auswirkungen hat die negative Sportpolitik des Landes auf die Leistungszentren in der LH Hannover?
2. Welche Projekte wurden in der Vergangenheit typischerweise durch Mittel des Landessportbundes mitfinanziert?
3. Sind in den nächsten Jahren Sportprojekte durch die Kürzungen der Landesregierung gefährdet?

Klaus Huneke

Fraktionsvorsitzender

Hannover / 18.12.2003

<p style="text-align: center;">CDU-Fraktion (Anfrage Nr. 2715/2003)</p>
--

Anfrage der CDU-Fraktion zur Abrechnungspraxis im Bereich Informations- und Kommunikationsdienste

Abrechnungspraxis im Bereich Informations- und Kommunikationsdienste

Im Haushaltsplan der Landeshauptstadt Hannover für das Jahr 2004 werden Kostenerstattungen für Datenverarbeitung verbucht.

Wir fragen die Verwaltung:

Werden im Fachbereich Informations- und Kommunikationsdienste (IuK) Dienstleistungen für Dritte (Eigenbetriebe etc.) durchgeführt? Wenn ja,

- a) Für welche Bereiche erbringt der IuK diese Leistungen und in welchem Umfang geschieht dies ?
- b) Wie teuer in € sind diese Leistungen pro Mitarbeiter und wie errechnen sie sich ?
- c) Sind diese Leistungen durch Verträge festgeschrieben und welchen Inhalt haben diese Verträge (Vertragsbedingungen, Laufzeit usw.)?

Reiner Lensing

Vorsitzender

Hannover / 18.12.2003

Landeshauptstadt



Beschluss-
drucksache

b

In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An die Damen und Herren des
Eilenriedebeirat (zur Kenntnis)

Nr. 2718/2003

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Umbesetzung im Eilenriedebeirat

Antrag,

die nachfolgende Umbesetzung im Eilenriedebeirat festzustellen:

bisher :

Frau Britta Bargheer
Vertreterin des
Heimatbundes Niedersachsen

neu:

Herr Dr. Waldemar R. Röhrbein
Vertreter des
Heimatbundes Niedersachsen

Begründung des Antrages

Frau Bargheer hat auf eigenen Wunsch förmlich auf ihren Sitz im Eilenriedebeirat verzichtet.

Der Heimatbund Niedersachsen hat mit Schreiben vom 30.10.2003
Herrn Dr. Waldemar R. Röhrbein als Vertreter im Eilenriedebeirat vorgeschlagen.

Die Ratsfrauen und Ratsherren stellen die Umbesetzung im Eilenriedebeirat durch

Beschluss fest.

67
Hannover / 23.12.2003

Landeshauptstadt



Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Nr. 0079/2004

Anzahl der Anlagen 0

Zu TOP

Umbesetzung im Aufsichtsrat der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH)

Antrag,

den Stimmführer der Landeshauptstadt Hannover anzuweisen, in der Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Bauen und Wohnen Hannover mbH (GBH) entsprechend zu votieren:

Bisher:
Ratsfrau Rosemarie Lorenz

Neu:
Ratsherr Dr. Wolfgang Scheel

Die übrige Besetzung des o.g. Aufsichtsrates bleibt unberührt.

Begründung des Antrages

Ratsfrau Rosemarie Lorenz hat ihren Sitz bei der GBH niedergelegt. Die CDU-Fraktion hat als ihren Nachfolger Ratsherrn Dr. Wolfgang Scheel benannt.

Der Rat weist den Stimmführer in der Gesellschafterversammlung der GBH an, in der Gesellschafterversammlung der GBH entsprechend dem Ratsbeschluss zu votieren.

10.10
Hannover / 14.01.2004

Gruppen / Produktionsgemeinschaften dienen, ebenso wie der Förderung einzelner Produktionen von Gruppen, die zugleich Grundförderung erhalten.
Die geförderte Produktion soll in Hannover in angemessener Vorstellungszahl aufgeführt werden.

Der Beirat hat die als Anlage 1 beigefügten Empfehlungen zur Förderung der Freien Theater vorgelegt. Der vorstehende Beschlussvorschlag folgt diesen Empfehlungen.

41.112
Hannover / 27.11.2003

II. Produktionsförderung für 2004

Commedia Futura	10.000 €
HanZTanz e.V. (Fredeweß)	5.000 €
Klecks-Theater Hannover	18.300 €
Theater an der Glocksee	10.000 €
Theater fensterzurstadt	34.000 €
Theaterwerkstatt Hannover	15.000 €

Die Theaterzuwendungen 2004 und die Förderzusagen für die Jahre 2005 u. 2006 gem. Anlage 1 werden jeweils unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplans 2004 durch die Aufsichtsbehörde bewilligt.

Theatern die zugleich Grund- und Produktionsförderung erhalten, wird die gesamte Zuwendung in gleichen Raten ab Beginn des Jahres ausgezahlt auch wenn die Haushaltssatzung noch nicht genehmigt ist. Die Einzelprojektförderung wird grundsätzlich nach Inkrafttreten der Haushaltssatzung geleistet.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 426.300 Euro in 2004 stehen bei der Haushaltsstelle 1.3312.718600.6 bereit.

Begründung des Antrages

Der Rat der Landeshauptstadt Hannover hat in seiner Sitzung am 14.12.1993 die Richtlinien zur Theaterförderung (Drucksache Nr. 1621/93) und am 03.07.2003 die geänderte Fassung (Drucksache Nr. 1214/2003) beschlossen.

Bestandteil dieser Richtlinien ist die Berufung eines Beirates, der eine künstlerisch beratende Funktion gegenüber dem Kulturausschuss hat. Er gibt eine Empfehlung über die Verteilung der Grund- und Produktionsfördermittel ab.

Die Richtlinien zur Theaterförderung unterscheiden eine **Grund-** und eine **Produktionsförderung**.

Die **Grundförderung** dient der Festigung einer in der Vergangenheit erfolgreichen Theaterarbeit im Sinne der Förderkriterien. Sie soll dazu beitragen, insbesondere die vertraglich langfristigen fixen, institutionelle Kosten kalkulierbar abzusichern.

Die Grundförderung wird in der Regel für drei Jahre vergeben.

Sie wird auf der Basis eines Konzepts für die Theaterarbeit der nächsten drei Jahre vergeben, aus dem die künstlerischen Ziele und die längerfristige Perspektive der Gruppe erkennbar werden. Dazu soll ein Wirtschaftsplan vorgelegt werden.

Voraussetzung für die Grundförderung sind eine mindestens dreijährige Theaterarbeit in Hannover und mindestens vier professionelle Produktionen, die mit öffentlicher Resonanz in Hannover aufgeführt worden sind.

Die **Produktionsförderung** dient der Finanzierung einer Inszenierung und Aufführung, deren Beschreibung eine den Förderrichtlinien entsprechende Qualität erwarten lässt. Darüber hinaus kann auch die Wiederaufnahme oder Weiterentwicklung bereits aufgeführter Produktionen gefördert werden.

Die Produktionsförderung kann auch der Einstiegsförderung zur Unterstützung neuer

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Kulturausschuss
In den Ausschuss für Haushalt
Finanzen und Rechnungsprüfung
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung

Nr. 2617/2003

Anzahl der Anlagen 2

Zu TOP

Bewilligung von Theaterbeihilfen

Antrag, zu beschließen

Die Freien Theatergruppen Hannovers werden im Haushaltsjahr 2004 entsprechend den Empfehlungen des Theaterbeirates gefördert. Es werden folgende neue Grundförderungen für die Jahre 2004, 2005 und 2006 und Produktionsförderungen für 2004 in einem Umfang von 426.300 Euro bewilligt:

I. Grundförderung für die Jahre 2004 - 2006

Commedia Futura	60.000 €
Figurentheater Filou Fox	
Figurentheater Marmelok	
Figurentheater Seiler	
Als Zusammenschluss THEATRIO insgesamt	45.000 €
HanZTanz e.V. (Fredeweß)	23.000 €
Klecks-Theater Hannover	60.000 €
Theater an der Glocksee	50.000 €
Theater fensterzurstadt	12.000 €
Theaterwerkstatt Hannover	70.000 €

62.14 (alt), 61.21 (neu)
Hannover / 05.12.2003

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtentwicklungs- und
Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An den Stadtbezirksrat
Misburg-Anderten (zur Kenntnis)

Nr. 2660/2003

Anzahl der Anlagen 2

Zu TOP

Straßenbenennung im Stadtteil Misburg-Süd Anregung gem. § 55c (5) NGO des Stadtbezirksrates Misburg-Anderten

Antrag,

der Anregung des Stadtbezirksrates Misburg-Anderten- folgende Straßenbenennung im Bereich des B.- Plans Nr. 1627 zu beschließen- **wird gefolgt.** (s. Anlage 1)

Die von der Portlandstraße abgehende und nach Osten führende Erschließungsstraße erhält den Namen **Erika-Pfingsten-Straße.**

Kartenübersicht siehe Anlage 2

Begründung des Antrages

Der Stadtbezirksrat Misburg-Anderten hat sich in seiner Sitzung am 01.10.2003 einstimmig für die Benennung der Erschließungsstraße in Erika-Pfingsten-Straße ausgesprochen.

Das Wohngebiet an der Portlandstraße soll in Richtung Osten ausgeweitet werden. Um für die geplanten Neubauten eine eindeutige Zuordnung zu erreichen, wird die eigenständige Benennung der Erschließungsstraße, welche von der Portlandstraße abgeht und in Richtung Osten weiterführt, erforderlich.

Erika Pfingsten, geborene Fredrich, wurde am 14.10.1920 in Bachwitz/Bromberg geboren. Erika Pfingsten hat sich durch ihr vielseitiges, ehrenamtliches Engagement im Stadtbezirk verdient gemacht. So war sie nahezu 40 Jahre Mitglied der Sportgemeinschaft Misburg und nahm hier insgesamt 18 Jahre das Amt als erste oder zweite Vorsitzende wahr. Ferner hat sie viele Jahre im Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Misburger und Anderer Kulturvereine (AMK) mitgearbeitet. Ebenso setzte sich Erika Pfingsten aktiv für die Städtepartnerschaften von Misburg und Anderten ein und war von 1983 bis 1992 im Vorstand des Patenschaftskomitees tätig. Erika Pfingsten ist am 30.10.2000 in Hannover verstorben.

62.14 (alt), 61.21 (neu)
Hannover / 05.12.2003

Landeshauptstadt

Hannover

Beschluss-
drucksache

b

In den Stadtentwicklungs- und
Bauausschuss
In den Verwaltungsausschuss
In die Ratsversammlung
An den Stadtbezirksrat Mitte (zur
Kenntnis)

Nr. 2661/2003

Anzahl der Anlagen 2

Zu TOP

Straßenbenennung im Stadtteil Mitte Anregung gem. § 55c (5) NGO des Stadtbezirksrates Mitte

Antrag,

der Anregung des Stadtbezirksrates Mitte - folgende Straßenbenennung im Bereich des B.-Plans Nr. 1387 zu beschließen- **wird gefolgt.** (s. Anlage 1)

Die von der Rundstraße Richtung Norden abgehende und zur Hamburger Allee verlaufende Erschließungsstraße erhält den Namen **Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße.**

Kartenübersicht siehe Anlage 2

Begründung des Antrages

Der Stadtbezirksrat Mitte hat sich in seiner Sitzung am 08.09.2003 mit 14 Ja-Stimmen und einer Nein-Stimme für die Benennung der Erschließungsstraße in Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße ausgesprochen.

Aufgrund der jetzt begonnenen Bautätigkeiten in diesem Bereich wird für die eindeutige Zuordnung der Neubauten die Benennung der Erschließungsstraße erforderlich.

Karl Heinrich Ulrichs wurde am 28.08.1825 auf Gut Wersterfeld bei Aurich im Königreich Hannover geboren. Er legte 1852 sein Amtsassessorexamen in Hannover ab und war anschließend als Gerichtsassessor beim Obergericht Hildesheim tätig. Im November 1854 begann die Staatsanwaltschaft Hildesheim mit Ermittlungen gegen Ulrichs wegen des Verdachts der Homosexualität, woraufhin Ulrichs am 30.11.1854 das Königliche Justizministerium zu Hannover um seine Dienstentlassung bat. Er kämpfte öffentlich für Gleichberechtigung und Akzeptanz der Homosexualität und forderte als erster die Abschaffung der Strafbarkeit der Homosexualität vor dem Deutschen Juristentag. 1883 emigrierte er nach Italien und verstarb am 14.07.1895 in L´Aquila.

<p style="text-align: center;">CDU-Fraktion (Antrag Nr. 2663/2003)</p>

Antrag der CDU-Fraktion zur Erstellung einer Informationsbroschüre über die Anmietung von Räumlichkeiten und Einrichtungen im Bereich der Herrenhäuser Gärten

Antrag,

zu beschließen:

Die Verwaltung erstellt eine Broschüre (Flyer o.ä.), die über Möglichkeiten der Anmietung von Räumlichkeiten und Einrichtungen im Bereich der Herrenhäuser Gärten informiert. Dabei sind insbesondere die zur Verfügung stehenden Objekte (Art der Räume, Größe, Personenzahl, Parkmöglichkeiten, Catering, technische Ausstattung, Raucher/Nichtraucher usw.) und die Mietkosten anzugeben.

Begründung

Verschiedene Bundesländer (z.B. Bayern und Baden Württemberg) haben damit begonnen, repräsentative Objekte für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dies ist nicht nur eine gute Einnahmemöglichkeit, sondern stellt gleichzeitig eine Werbung für diesen Bereich dar. Mit der Broschüre sollen interessierte Kreise auf Möglichkeiten und Voraussetzungen der Anmietung informiert werden.

Rainer Lensing
Vorsitzender

Hannover / 04.12.2003

<p style="text-align: center;">CDU-Fraktion (Antrag Nr. 2683/2003)</p>

Antrag der CDU-Fraktion zur Zuweisung von Personal zur Erledigung der Aufgaben nach dem Grundsicherungsgesetz

Antrag,
der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird aufgefordert, umgehend dem zuständigen Fachbereich Senioren zusätzliches Personal zur Erledigung der Aufgaben nach dem Grundsicherungsgesetz zuzuweisen.

Um eine Ausweitung des Stellenplanes zu vermeiden, ist dabei mit zeitlich befristeten Zuweisungen aus anderen Bereichen bis zur Abarbeitung des aufgelaufenen Antragsstaus zu arbeiten.

Begründung

Im Rahmen der Einführung der Grundsicherung sind weitaus mehr Anträge als vermutet eingegangen. Aufgrund unzureichender Stellenausstattung ist der neue Fachbereich Senioren nicht in der Lage, alle eingegangenen Anträge zeitnah und bürgerfreundlich zu bearbeiten. Vielmehr muss bei rund 10.000 Anträgen von einer Bearbeitungszeit bis zu 12 Monaten ausgegangen werden. Dies ist unzumutbar, weil zumeist ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger betroffen sind.

Die Problematik resultiert allerdings aus der Anfangssituation der neuen Grundsicherung, so dass eine befristete Lösung praktikabel erscheint.

Rainer Lensing
Vorsitzender

Hannover / 11.12.2003

<p style="text-align: center;">CDU-Fraktion (Antrag Nr. 2716/2003)</p>

Antrag der CDU-Fraktion zur politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Antrag,

Die Verwaltung wird beauftragt, an einem neuen Projekt zur Kinder- und Jugendbeteiligung mitzuwirken, das von der Bertelsmann-Stiftung entwickelt wurde und im Januar 2004 zur Ausschreibung ansteht.

Begründung

Die Bertelsmann - Stiftung hat sich mit einer zunehmenden Entfremdung zwischen jungen Menschen und dem etablierten politischen System beschäftigt. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass Kinder- und Jugendliche dennoch an gesellschaftlichen Fragen interessiert sind und hohes Engagement-Potential aufweisen. Vor diesem Hintergrund startet die Stiftung eine Initiative mit dem Arbeitstitel "Young Democracy". Das Projekt umfasst mehrere Schritte. Zunächst geht es darum, die gegenwärtige Kinder- und Jugendpartizipation in ca. 40 deutschen Städten zu analysieren. Hannover sollte sich an diesem Projekt beteiligen und unverzüglich Kontakt zur Stiftung aufnehmen - insbesondere im Hinblick auf die Tatsache, dass eine Mitwirkung von Kindern- und Jugendlichen an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen einen Schwerpunkt des Leitthemas "Demokratische Teilhabe" im Handlungsprogramm zur Stadtentwicklung 2001/2005 bildet.

Rainer Lensing

Vorsitzender

Hannover / 19.12.2003

CDU- und FDP-Fraktion

(Antrag Nr. 0004/2004)

Antrag der CDU- und FDP-Fraktion zur Verlagerung des Straßenstrichs

Antrag,

1. Der Rat wird aufgefordert, ein Konzept zur Verlagerung des Straßenstrichs in der hannoverschen Innenstadt zu beschließen und beauftragt die Verwaltung mit der zügigen Umsetzung dieser Maßnahmen.

Das Konzept zur Verlagerung des Straßenstrichs verfolgt als wesentliche Ziele:

- Die Anwohnerinnen und Anwohner im Bereich Herschelstraße, Odeonstraße, Herrenstraße, Brüderstraße und Kurt-Schumacher-Straße werden vom Freier-suchverkehr entlastet.
 - Die Situation für die ansässigen Geschäfte, Gastronomie und Büros wird dauerhaft verbessert.
 - Der Aspekt der öffentlichen Sicherheit erhält eine hohe Bedeutung und führt nicht zu einem Ansteigen von Begleitkriminalität.
2. Um eine Verlagerung des Straßenstrichs von den heutigen Straßen (Herschelstraße Brüderstraße, Odeonstraße und Teilen der Kurt-Schumacher-Straße) in den Bereich Herschelstraße zwischen Postbank / Ecke Brüderstraße bis zur Herschelstraße/ Ecke Nikolaistraße zu erreichen, wird die Verwaltung aufgefordert folgendes in die Wege zu leiten:
 - a) Die Brüderstraße wird Einbahnstraße von der Herschelstraße in Richtung Goserieede.
 - b) Die Einbahnstraßenregelung in der Odeonstraße wird umgekehrt, so dass die Richtung parallel verläuft zur Herrenstraße (von der Brüderstraße mit einem Rechtsabbieger in die Kurt-Schumacher-Straße).
 - c) In der Herschelstraße wird zwischen Nikolaistraße und Brüderstraße ein eingeschränktes Halteverbot eingeführt.
 - d) Die Beleuchtung in den oben genannten Straßen wird verstärkt. Hierzu führt die Verwaltung Gespräche mit den anliegenden Geschäften, Hotels usw. mit dem Ziel, dass diese sich an den Kosten der Maßnahme beteiligen.
 - e) Wesentlich für den Erfolg dieser Maßnahme ist die Einbindung der betroffenen

Prostituierten. Die betroffenen Frauen werden daher nach Möglichkeit (z.B. durch die entsprechenden Beratungsvereine- bzw. -stellen in Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen des Fachbereiches Soziales [Streetworkerin]) in das Konzept miteingebunden.

- f) Nach einem Jahr entscheidet der Bezirksrat Mitte und die zuständigen Ratsausschüsse nach einer Anhörung und ggf. durch eine schriftliche Befragung der Anwohnerinnen und Anwohner, Anlieger, Verwaltung und Polizei, ob sich die Maßnahmen bewährt haben. Sollten die unter den Punkten 2 a) - e) genannten Maßnahmen zu keiner spürbaren Verbesserung für die Anwohnerinnen und Anwohner geführt haben, wird der Sperrbezirk auf die Straßen Odeonstraße, Brüderstraße und die bisher noch nicht zum Sperrgebiet gehörenden Teile der Kurt-Schumacher-Straße (zwischen Herschelstr. und Goseriede) erweitert.
- g) Die niedersächsische Landesregierung wird aufgefordert, durch entsprechende Maßnahmen die Bestrebungen der LH Hannover zu unterstützen.

Begründung

Der Straßenstrich ist in der hannoverschen Innenstadt permanent vorhanden. Entsprechende Nachfrage führt zu diesem Angebot. Eine völlige Verdrängung erscheint derzeit in letzter Konsequenz als nicht durchsetzbar. Die Politik ist daher aufgefordert zu handeln, um die Situation in den Straßen Herschelstraße, Odeonstraße, Herrenstraße, Brüderstraße und Kurt-Schumacher-Straße für die Anwohnerinnen und Anwohner spürbar zu verbessern.

Eine Beschränkung auf nur verkehrslenkende Maßnahmen wird nicht zum gewünschten Erfolg führen, da sie zwar die Wirkung der Straßenprostitution betrifft, die Ursache allerdings ausblendet. Um für die Anwohnerinnen und Anwohner eine Verbesserung der Situation herbei zu führen, ist es unabdingbar den Prostituierten an anderer Örtlichkeit Gelegenheit zu geben. Dabei bietet sich der Bereich von der Herschelstraße ab Brüderstraße bis zur Nikolaistraße an, da dort keine Anwohnerinnen und Anwohner in den Abendstunden betroffen sind. Die Nähe zum bisherigen Bereich bietet die Möglichkeit, dass die Straßenabschnitte dann den Verkehr aufnehmen werden und es zu einer erheblichen Verringerung des Verkehrs im jetzigen Bereich kommen wird.

Wesentlich für den Erfolg dieser Maßnahme sind die Einbindung der betroffenen Prostituierten als auch die öffentliche Information in allen Bereichen und Medien. Heute wird der Straßenstrich von Hannover mit den Straßen Herschelstraße, Brüderstraße und rund um die Postbank in Verbindung gebracht. Gelingt es, diese Information zu verändern, wird auch der neue Bereich als Straßenstrich akzeptiert. Die vorgeschlagenen Maßnahmen werden zu einer deutlichen Verbesserung im o. g. Bereich führen und das Angebot an anderer Stelle, in unmittelbarer Nähe, weiter aufrecht erhalten. Die praxisorientierte Zusammenarbeit aller wird die Situation entschärfen.

Rainer Lensing

Patrick Döring

Fraktionsvorsitzender
Fraktionsvorsitzender

Hannover / 05.01.2004